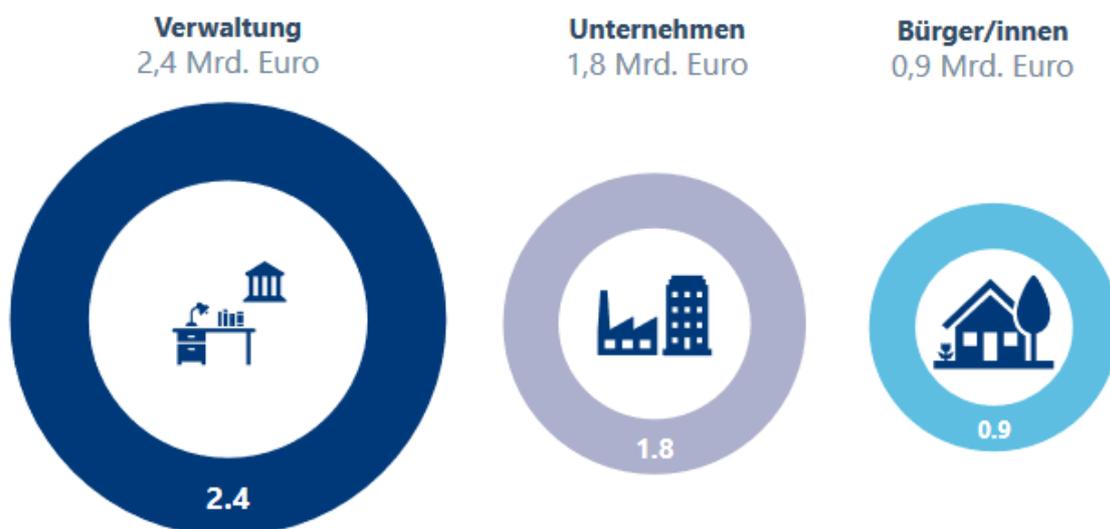


Vom Nutzen der Digitalisierung – gibt eine IW-Studie eine Antwort?

Eine Investition muss sich rechnen – was in der privaten Wirtschaft gilt, trifft cum grano salis auch für die öffentliche Hand zu. Denn eine Investition, die keinen irgendwie gearteten Nutzen stiftet, macht wenig Sinn und bedeutet vor allem den Verbrauch von Ressourcen, die anderweitig vielleicht nützlicher hätten eingesetzt werden können. Daher müssen sich auch alle Digitalisierungsvorhaben der öffentlichen Hand einer Analyse ihrer Wirtschaftlichkeit stellen. Denn vorab ist nur eines klar: Digitalisierung kostet Geld, viel Geld. Aber welcher „return on invest“ ist daraus zu erwarten?

Im Frühjahr 2022 legte Vitako, die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister eine von IW Consult erstellte Studie vor, die die positiven Wirkungen der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen belegen soll. Ohne auf die methodische Vorgehensweise im Einzelnen einzugehen, kommt die Studie zu dem Schluss, dass durch jeden in die Digitalisierung investierten Euro zusätzliche Einsparungen in Höhe von 3,29 Euro generiert werden (Nettoeffekt). Zur Berechnung wird die in der Bürokratiekostenmessung übliche Umrechnung von Zeitersparnissen (bei den Bürgerinnen und Bürgern) und Arbeitskosten (bei Unternehmen und Verwaltungen) genutzt. Im Ergebnis ergibt sich ein positiver Effekt in Höhe von 5,1 Mrd. Euro pro Jahr. Bei den Unternehmen und Verwaltungen sind dies direkte Kostenentlastungen vor allem durch reduzierten Personaleinsatz. Für die Bürgerinnen ist es die ersparte Zeit, die für andere Aktivitäten genutzt werden kann – eine Bewertung dieser Zeitersparnis ist allerdings mit manchen Unsicherheiten behaftet.



Quelle: https://vitako.de/wp-content/uploads/2022/05/2022-05-13_IWImpactstudieVitako.pdf S.15

Unabhängig von manchen methodischen Problemen zeigt die Größenordnung, welches ökonomische Potential die Digitalisierung bieten kann. Das setzt allerdings voraus, dass die Prozesse durchgängig, d.h. ohne Medienbrüche, digital erfolgen. Darüber hinaus müssen sie nutzerorientiert, d.h. vor allem leicht zu handhaben sein. Bis dahin ist es ein langer Weg – die „Digitalisierungsrendite“ kommt erst je nach Ausbaugeschwindigkeit einige oder erhebliche Zeit später.

Die Studie wagt sich jedoch noch auf ein weiteres Feld. Sie widmet sich dem Einfluss der Digitalisierung auf die Demokratie. Zum einen werde die Verwaltung leistungsfähiger und komfortabler; das stärke die Zufriedenheit in der Bevölkerung. Nicht alle schon heute verfügbaren digitalen Prozesse müssen dafür – ein Beispiel mag die Grundsteuererklärung über „ELSTER“ sein – noch erheblich nutzerfreundlicher ausgestaltet werden. Zum zweiten biete die Digitalisierung mehr Möglichkeiten der Partizipation könne also den demokratischen Dialog befördern. Das aber hängt davon ab, ob die Menschen sich dieser Plattform auch bedienen wollen. Die bisherigen Verfahren mit Bürgerhaushalten, Bürgerdialogen oder elektronischen Petitionen haben doch nur eine begrenzte Reichweite. Der Digitalisierung also quasi eine „Demokratierendite“ zuzuschreiben, erscheint zumindest verfrüht.

Dezember 2022

Eine Kurzbeschreibung des Projekts findet sich in den AWW-Informationen 6/2022, <https://www.awv-net.de/aktuelles/awv-informationen/2022/awv-informationen-6-2022.html> S. 17ff.